Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 1gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen

Nr. 37. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Freitag, 13. Februar 1925

Gefallene Größen.

Von überparteilicher Seite wird uns geschrieben:

Der Ekel steigt hoch, aber auch die Trauer. Und die Scham — vor dem Ausland nämlich. Immer weitere Kreise zieht das, was man als „Barmat"-Skandal bezeichnet. Und was doch nichts anderes ist als eine groteske, üble Illustration zu dem Thema „Politik und Geschäft".

Die Opfer liegen. Der frühere Reichskanzler Bauer, von dem nun wohl schon als nachgewiesen zu betrachten ist, daß er große geschäftliche Vorteile aus der Vermittlung von Krediten an die Barmats gezogen hat, liegt ebenso auf der Strecke wie der frühere Reichspostminister Dr. Höfle. Bauer soll jetzt von seiner eigenen Partei ausgeschlossen werden und Höfle hat der Untersuchungsrichter verhaften lassen, nachdem er Dr. Höfle zur Vernehmung geladen hatte. Ihn beschuldigt man, allzu sorgfältig für die Füllung seines Portemonnaies gesorgt zu haben. Und andere „wackeln"; man rückt von ihnen ab. Vielleicht fallen sie schon in absehbarer Zeit nicht nur den Untersuchungsausschüssen anheim; vielleicht sogar dem — Staatsanwalt.

Gewiß, das alles ist furchtbar. Doch wenn die Eiterbeule wirklich bis zum letzten aufgestochen werden soll, dann muß man den Krankheitsursachen nachgehen. Sonst wäre alles das, was jetzt vor sich geht, nur Tages-, Stundenarbeit.

Immer wieder muß betont und — erwartet werden, daß dieses Ausbrennen ohne jede Rücksicht auf parteipolitische Interessen erfolgt. Denn man muß die nachdenkliche Frage stellen, ob nicht unser gesamtes politisches Leben in seiner ganzen Ausdehnung, in seiner Konstitution so ist, daß jeder, der jetzt im öffentlichen Leben steht, an das Goethesche Wort denken soll, „daß er nicht falle!" Allzu große Macht ist vielleicht in die Hand eines Mannes gelegt, der es versteht, sich dieser Macht zu seinem Vorteil zu bedienen. Das gilt nicht etwa bloß für jene, die die Macht um ihrer selbst willen erstreben, sondern auch für jene, die diese Macht um anderer, wirtschaftlich-finanzieller Zwecke willen erstreben, gleichgültig, ob für die „Arbeit" oder für das „Kapital". Aber an jene ersteren tritt doch auch die Versuchung heran, die Macht, die sie haben, zu nutzen für wirtschaftlich-finanzielle Vorteile, die man durch sie erreichen will. Und daß dann die Versuchungen an sie herantreten, denen — auch angesichts der finanziell so schweren Gegenwart — leider nur allzuviele erliegen. Und wenn dann außerdem die Partei Vorteile hat, dann fühlt man sich schon fast — oder ganz — gedeckt.

Die Partei zerrüttet die öffentliche Moral, hat einmal ein kluger Mann gesagt. Dafür geben nicht etwa nur die augenblicklichen Affären den Beweis. Das Mitglied irgendeiner Partei erhält den Kredit der dem politisch Andersdenkenden versagt wird. Der Parteifreund wird empfohlen für Amt und Kredit: ja verlangt er das als sein Recht. Und weil das so üblich geworden ist bei uns, darum zieht die jetzige Untersuchung immer weitere Kreise. Überall springen die Schmutzquellen auf und vereinigen sich zu einem großen trüben Strom.

Daß sich von diesen Ufern der allergrößte Teil des deutschen Volkes wegwendet, ist ein Beweis dafür, daß uns das Gefühl für Reinlichkeit doch noch nicht schwand. Aber nicht nur Sache der Untersuchungsausschüsse ist es, die schweren Schädigungen unserer Wirtschaft und unserer — Seele zu enthüllen und zu brandmarken. Auch Sache der Parteien ist es, weil sie letzten Endes an dem allen schuld sind. Keine Rücksicht nehmen, weil sonst der reinlich gebliebene Teil des deutschen Volkes einst ein zerschmetterndes Urteil über die Zögernden sprechen wird! Keine Rücksicht, sondern Nietzsches Satz befolgen: Wer da fällt, den soll man noch stoßen.

•

Der Fall Höfle.

b. Berlin, 11. Februar.

Kein Tag ohne neue Enthüllungen, die irgendwelche Verfehlungen an hervorragender Stelle stehender Männer nachweisen sollen oder nachweisen. Das kann man im Augenblick nicht entscheiden und die Aufklärung muß den zuständigen Untersuchungsbehörden überlassen bleiben. Kein Tag aber auch ohne weitere Beweise, daß vieles, überaus vieles geschehen ist, was das Licht des Tages zu scheuen hat, daß die Verquickung von öffentlicher Stellung und persönlichem Vorteil erschreckend in unserem öffentlichen Leben um sich gegriffen hat. Die Verhaftung und Verbringung des ehemaligen Reichspostministers Dr. Höfle in Untersuchungshaft gibt dafür ein trauriges Beispiel. Über die Vorgänge und Gründe, die zur Internierung Höfles geführt haben, der auf Veranlassung der Zentrumspartei sein Reichstagsmandat bereits niedergelegt hatte, kann im einzelnen noch mitgeteilt werden:

Oberstaatsanwalt Dr. Linde hatte den früheren Reichspostminister zu einer Vernehmung nach Moabit geladen, wo ihm nach kurzem Verhör eröffnet wurde, daß er festgenommen werde müsse. Diese Erklärung machte auf Dr. Höfle einen

niederschmetternden Eindruck,

er ergab sich jedoch widerspruchslos in sein Schicksal. Noch vor einigen Tagen hatte der Verteidiger Höfles, der aus verschiedenen politischen Prozessen der letzten Zeit bekannt gewordene Berliner Anwalt Dr. Alsberg sich dafür eingesetzt, von der Verhaftung Dr. Höfles abzusehen, da dieser ja selbst bei seiner vor kurzem erfolgten Mandatsniederlegung der Staatsanwaltschaft die Erklärung abgegeben habe, daß er nicht an Flucht denke. Trotzdem wurde aber zu seiner Verhaftung geschritten, da das in den letzten Tagen gegen Dr. Höfle eingegangene Material schwerwiegender Natur war, und sich Dinge ereignet hatten, die den weiteren Gang der Untersuchung zu verdunkeln drohten. So ist festgestellt worden, daß in den letzten Tagen

verdächtige Kisten aus der Villa Dr. Höfles fortgeschafft

worden sind, in denen sich Dr. Höfle schwerbelastendes Aktenmaterial befunden haben soll. Zudem sollen verschiedene Angaben Julius Barmats, des Hauptangeklagten im Barmat-Skandal, die dieser während der letzten Tage gemacht hat, Dr. Höfle sehr stark belasten. Die vom Oberstaatsanwalt Dr. Linde verfügte Verhaftung Dr. Höfles stützt sich insbesondere auf den

Vorwurf der passiven Bestechung

und der Annahme von persönlichen Vorteilen für pflichtwidrige Handlungen. Als konkreter Fall wird dabei besonders die Unterlassung eines Vorgehens gegen die Depositen- und Handelsbank A.-G. zur Sicherstellung von Postgeldern erblickt, nachdem ein Mitglied des Aufsichtsrates dieser Bank den Minister auf die bedenklichen Zustände des Instituts aufmerksam gemacht habe. Trotzdem hat es Dr. Höfle unterlassen, gegen die Bank vor-

Entsetzliche Schlagwetter-Katastrophe in Dortmund. — Bisher 110 Tote geborgen.

Dortmund. Im Südwestfeld der Zeche Minister Steins ist gestern gegen 8 Uhr eine Schlagwetter-Explosion erfolgt. Die eingesetzten Rettungs-Truppen versuchten, sich zu den im 2 Revier Befindlichen durchzuarbeiten. Es gelang nur, einzelne Lebende zu bergen.

Das Grubenunglück auf der Zeche Minister Steins in Dortmund-Eving muß als eines der größten in der Geschichte der Unglücksfälle des Ruhrgebietes bezeichnet werden. Die Schlagwetter-Katastrophe hatte einen außerordentlich kräftigen Charakter. Die Rettungsmannschaft wird in ihrer Arbeit durch Gase stark behindert. Es besteht wenig Aussicht, die in der Grube befindlichen 138 Bergleute oder wenigstens einen Teil von ihnen lebend zu bergen.

Bis 1.15 Uhr 110 Tote.

Dortmund, 12. Februar. Der an Ort und Stelle weilende Sonderberichterstatter der Telunion meldet, daß bis 1,15 Uhr 110 Tote in der Grube frei gemacht worden sind, von denen bis zur Stunde sechzig zu Tage gefördert wurden. In jeder Minute werden weitere nach oben gebracht. Es sind im ganzen sieben Bergleute lebend geborgen, doch ist einer inzwischen gestorben. Die anderen befinden sich im Krankenhause, da sie Gasvergiftung erlitten haben. Die meisten Toten sind fast vollständig verbrannt. Viele von ihnen wurden durch den kolossalen Luftdruck durch die Explosion 10 bis 20 Meter weit geschleudert und haben sämtliche Gliedmaßen gebrochen. Die Identifizierung der Toten ist nur nach und nach auf Grund der Erkennungsmarken und Lampen möglich. In der Grube fanden die Rettungsmannschaften eine Stelle mit Kreide beschrieben: „Wir befinden uns alle wohl. Wir sind neun Mann." Doch sind diese neun Mann jetzt bereits als Tote zutage gefördert worden. Das Unglück hat die Bergleute auf der Flucht überrascht, denn die Arbeitsstollen sind noch unberührt und die Kaffeeflaschen unversehrt.

Das Programm der Londoner Konferenz

Paris, 11. Februar. Die Meldung des „Intransigeant", daß der Schlußbericht der Militärkontrollkommission bereits geprüft und Ende der Woche, vielleicht aber schon morgen, veröffentlicht werde, wird vom „Quai d'Orsay" weder bestätigt noch dementiert. Der Brüsseler Korrespondent des „Temps" erfährt von maßgebender belgischer Seite, daß der Zusammentritt der interalliierten Konferenz in London am kommenden Montag so gut wie gewiß sei. Von belgischer Seite werden der Ministerpräsident Theunis, der Außenminister Hymanns und wahrscheinlich auch der Kriegsminister Forthomme an der Konferenz teilnehmen. Die Konferenz wird über den Schlußbericht der Kontrollkommission und die Kölner Besetzung beraten. Im Anschluß daran werden folgende Fragen geprüft werden: 1. Hat Deutschland bagerüstet? 2. Wie weit hat Deutschland seine vertraglichen Verpflichtungen erfüllt? 3. Welche Maßnahmen sind zur Erzwingung der vollständigen Abrüstung Deutschlands und zur Sicherung vor eventuellen weiteren Verfehlungen zu ergreifen? 4. Feststellung der militärischen Leistungsfähigkeit des Reiches. Darauf wird die Konferenz die Frage der weiteren Besetzung der Kölner Zone und die Dauer der Besetzung prüfen und festsetzen. Außer dem eigentlichen Verhandlungsprogramm wird vermutlich die Frage eines militärischen Abwehrabkommens zwischen Frankreich, England und Belgien erwogen werden.

Englischer Pessimismus in der Schuldenfrage.

London, 11. Februar. Die unfreundliche Aufnahme der Schuldnote in Paris hat in London eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Selbst im konservativen Lager ist man der Meinung, daß Churchill voreilig gehandelt habe und daß er die englischen Trümpfe schon vor den Verhandlungen mit Frankreich aus der Hand gegeben habe. Man sagt, daß von einer Finanzdiplomatie, wie sie Churchill angegeben hat, nur negative Ergebnisse erwartet werden konnten. Im liberalen Lager ist man verzweifelt und meint, man solle durch die ganze Forderung einen Strich machen und sie zu vergessen suchen. Man ist der Ansicht, daß die französische Forderung, Sicherheitsfrage und Schuldproblem miteinander zu verbinden, mehr kosten würde, als die französischen Zahlungen einbringen könnten.

Marx auf der Ministersuche.

n. Berlin, 11. Februar

Durch das Abstimmungsresultat im Preußischen Landtag wurde dem ehemaligen Reichskanzler Marx der Auftrag, das zu versuchen, an dem seines Vorgängers Braun Kraft zerschellte — ein lebensfähiges Kabinett für den größten deutschen Bundesstaat auf die Beine zu stellen. Der Landtag selbst hat sich bis zum 18. Februar vertagt, nachdem er noch seine bisherigen drei Vizepräsidenten Dr. v. Kries (Dtn.), Dr. Porsch (Ztr.) und Garnich (D. Vp.) in ihren Ämtern bestätigt hatte. Das Preußenparlament will am 18. Februar die Erklärung der neuen Regierung entgegennehmen. Das heißt, das ist sein Wunsch; ob es dazu kommen wird, kann man nach den bisherigen Erfahrungen mindestens als zweifelhaft ansehen. Denn die Presse der Rechtsparteien erklärt unumwunden, es habe sich durch die Wahl von Marx nichts, aber auch gar nicht an der Stellung der Parteien geändert. Eher sei diese Wahl als eine Provokation gegen Rechts aufzufassen, zumal Herr Marx gesonnen sei, den sozialdemokratischen bisherigen Innenminister Severing in seiner Regierung zu behalten, wenn auch als einzigen sozialdemokratischen Vertreter. Herr Marx hat inzwischen Fühlung mit den Parteien genommen. Es soll seine Absicht sein, an alle staatsbejahenden Parteien heranzutreten und nur die Völkischen und die Kommunisten auszuschließen, also wieder die von ihm vertretene Idee der Volksgemeinschaft in den Vordergrund zu stellen. Besonders ist auch die Rede davon, daß Marx die Wirtschaftspartei zu seinem Kabinett heranziehen will. Sollte sein Ruf bei den großen Rechtsparteien kein Echo finden, wie erwartet wird, so will er sich wesentlich auf Zentrums- und demokratische Minister stützen und dabei auf die wohlwollende Unterstützung der Sozialdemokratie rechnen. Die bisher genannten Kandidaten für die einzelnen Ministerposten haben vorläufig wohl noch keinen größeren Wert als den von Vermutungen, wie sie vor jeder derartigen politischen Aktion auftauchen. Meistens kommt es anders, als die eifrigen Propheten ausrufen und — wünschen.

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF